



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 22822

Fax: (0221)

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 20.07.2010

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 29.06.2010, 14:00 Uhr bis 16:40 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzraum 16 F 43

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Marita Reinecke

Behindertenbeauftragte

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Annelie Appelman

doMS e.V.

Frau Sarah Bark

Deutsches Rotes Kreuz

Frau Monika Dierksmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Ulrike Falkenberg

Caritasverband für die Stadt Köln c/o St. Christophorus

Frau Gisela Grüßer

VdK Köln

Frau Annette Hepp

DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten
Köln und Umgebung
e.V.

Herr Norbert Herbig

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Frau Adelheid Langes

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Wolfgang Schmidt

Diakonisches Werk

Herr Andreas Thermann

Arbeiterwohlfahrt

Herr Rainer Zuch

Synagogengemeinde Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marie-Theres Meuter

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Herr Jürgen Rauh

Verband zur Förderung der Gehörlosen Kölns und Umgebung e.V.

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Herr Bernd Schöppe	pro Köln
Herr Michael Kellner	Die Linke.Köln

Ständige Gäste

Herr Friedrich Wilhelm Gramm	Sozial-Betriebe-Köln gGmbH
Herr Dr. Werner Schlummer	Universität zu Köln - Humanwissenschaftliche Fakultät

Schriftführerin

Frau Angela Edith Thiemann	Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
----------------------------	--

Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters	Oberbürgermeister	anwesend von 14.00 - 15.00 Uhr
Frau Claudia Baumgärtner	Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften, Kassen- und Steueramt	
Herr Günter Bell	Büro der Behindertenbeauftragten	
Frau Karen Bienasch	Amt für Wohnungswesen	
Herr Frank Fricke	Amt des Oberbürgermeisters	
Herr Dieter Gorklo	Amt für Soziales und Senioren	
Frau Brigitte Göttgens	Amt für Stadtentwicklung und Statistik	
Herr Detlef Heints	VHS - Volkshochschule	
Herr Wolfgang Königfeld	Amt für öffentliche Ordnung	
Frau Hannelore Lachmayr	Büro der Behindertenbeauftragten	
Herr Bernd Lang	Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften	
Herr Martin Lersmacher	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln	
Frau Britta Oswald	Personalamt	
Frau Sabine Rauchschalbe	Amt für Landschaftspflege und Grün	
Herr Horst Schmitz	Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln	
Herr Andreas Schwarz	Büro der Behindertenbeauftragten	
Herr Klaus Zander	Sportamt	
Herr Stephan Zielinski	Bauaufsichtsamt	

Gäste

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	
Herr Gerd Maletz	Verband zur Förderung der Gehörlosen Kölns und Umgebung e. V.	
Herr Josef Sommer	Geschäftsführer der KölnTourismus GmbH	anwesend von 14.00 - 15.45 Uhr

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

Frau Reinecke teilt mit, dass Frau Bredehorst kurzfristig zu dieser Sitzung verhindert ist. Sie wird am 30.06.2010 den neuen Bundespräsidenten in Berlin mitwählen. Da hierzu noch einige Formalia in Berlin zu klären sind, muss sie bereits am Vortag nach Berlin fliegen.

Frau Reinecke weist darauf hin, dass der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine mit Änderungen versehene Tagesordnung vorliegt. Nach Bekanntgabe der Einladung zur Sitzung am 29.06.2010 wurden noch folgende Tagesordnungspunkte zugefügt:

- 3.3 Bericht der Behindertenbeauftragten - 06/2010
2517/2010
- 4.3.1 Gesamtschule Nippes - Offener Brief der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Antwort des Regierungspräsidenten an die Universität zu Köln vom 08.02.2010
2488/2010
- 5.5 Kooperationsvereinbarung zu Leistungen der Eingliederungshilfe und zu Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch XII zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Köln
2543/2010
- 6.4.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Arbeitsbericht für die Zeit vom 01.01.2009 - 31.03.2010
1251/2010
- 6.6.1 Werkstätten für Menschen mit Behinderung
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. im Rat der Stadt Köln vom 03.05.2010 - AN/0865/2010
2466/2010
- 6.8 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen (Az.: 02-1600-92/09)
0306/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt die Tagesordnung zur Sitzung mit diesen Ergänzungen einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**
- 2 Gespräch und Vorträge**
 - 2.1 Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters
 - 2.2 Barrierefreier Tourismus
hier: Gespräch mit KölnTourismus - Herrn Josef Sommer
- 3 Bericht der Behindertenbeauftragten**
 - 3.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 04/2010
1452/2010
 - 3.2 Bericht der Behindertenbeauftragten - 05/2010
1877/2010
 - 3.3 Bericht der Behindertenbeauftragten - 06/2010
2517/2010
- 4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
 - 4.1 Barrierefreie Gaststätten
 - 4.1.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Anfrage aus der Sitzung am 03.03.2010 zu "Barrierefreie Gaststätten
2015/2010
 - 4.2 Beschaffung einer Rampe für den Haupteingang des Königin-Luise-
Gymnasiums
hier: Sachstand zur Beschlussempfehlung vom 03.03.2010
 - 4.3 Gesamtschule Nippes
hier: Sachstand - Beschluss vom 03.03.2010 "Brief an den Regierungspräsi-
denten"
 - 4.3.1 Gesamtschule Nippes - Offener Brief der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinder-
tenpolitik

hier: Antwort des Regierungspräsidenten an die Universität zu Köln vom
08.02.2010
2488/2010

4.4 Resolution zur "Barrierefreien Gestaltung des Bahnhofes Deutz/Messe"
hier: Sachstand

4.5 "Kunstsehen" - Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan Köln
1937/2010

4.6 Barrierefreier Umbau des Kulturzentrums am Neumarkt - KaN

4.6.1 Barrierefreiheit im Kulturzentrum am Neumarkt (KAN)
1939/2010

4.6.2 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Anfrage aus der Sitzung am 03.03.2010 zum Kulturzentrum am Neumarkt
2014/2010

5 Mitteilungen

5.1 AN/0052/2010 Stellungnahme zum Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung für
die Sitzung der BV 2
1315/2010

5.2 Tagung "Auf dem Weg in eine neue Kommunalpolitik: Örtliche Teilhabepla-
nung für Menschen mit Behinderung" am 27. - 28.09.2010 - Universität Siegen
1875/2010

5.3 Persönliches Budget beim Rehabilitationsträger: Amt für Soziales und Senio-
ren
Bericht für das Jahr 2009
1811/2010

5.4 Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort - Lotse/Lotsin für Menschen mit Behinderung
hier: Mitteilung des ZsL- Zentrums für selbstbestimmtes Leben zur Schulung
in 2010
2007/2010

5.5 Kooperationsvereinbarung zu Leistungen der Eingliederungshilfe und zu Hil-
fen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Sozial-
gesetzbuch XII zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt
Köln
2543/2010

6 Anfragen und Beschlussempfehlungen

- 6.1 Tag der Menschen mit Behinderung 2009
hier: Gespräch mit den Vertreter/innen der Ratsfraktionen zum Sachstand der Umsetzung der Aufgabenliste vom 04.12.2009
- 6.2 Tag der Menschen mit Behinderung 2010
hier: Veranstaltung des Oberbürgermeisters und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 03.12.2010 im Historischen Rathaus
- 6.3 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Ergänzung der §§ 7 und 8
1211/2010
- 6.4 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit vom 01.01.2009 - 31.03.2010
- 6.4.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Arbeitsbericht für die Zeit vom 01.01.2009 - 31.03.2010
1251/2010
- 6.5 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2010
hier: Benennung von Jurymitgliedern
- 6.6 Werkstätten für Menschen mit Behinderung
AN/0865/2010
- 6.6.1 Werkstätten für Menschen mit Behinderung
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. im Rat der Stadt Köln vom 03.05.2010 - AN/0865/2010
2466/2010
- 6.7 Initiative zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler
hier: Konzept "Inklusion an Kölner Schulen"
1872/2010
- 6.8 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen (Az.: 02-1600-92/09)
0306/2010

7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

8 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung am 03.03.2010 wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Herr Oberbürgermeister Roters dankt für die Einladung zur heutigen Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. In seiner Begrüßungsrede führt Herr Oberbürgermeister Roters weiter aus, dass die große Anzahl der Personen in diesem Gremium und auch die formalisierte Form der Sitzungen und der Bearbeitung der Themen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zeigen, dass das Thema von allen in Politik und Verwaltung sehr ernst genommen wird. Dies ist auch für eine nachhaltige Behindertenpolitik erforderlich.

Wie eine Stadt mit Menschen mit Behinderung umgeht, ist ein Gradmesser der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung sind ein selbstverständlicher Teil unserer Kölner Stadtgesellschaft. Die Verwaltung muss dies in ihrer täglichen Arbeit berücksichtigen und die Menschen mit Behinderung daran beteiligen.

Zudem sind die Interessen der Menschen mit Behinderung in der Politik umzusetzen. Der Blick auf die heutige Tagesordnung zeigt, wie vielfältig und umfassend die Themenbereiche sind, mit denen sich der Bereich Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe überschneidet. Dabei stellt sich sehr schnell heraus, dass auch die „nichtbehinderten“ Menschen z.B. von Barrierefreiheit im Straßenraum, in Gebäuden, und im Öffentlichen Nahverkehr, bei Schriftstücken aber auch bei Besuchen der städtischen Ämter durch die Verwendung einfacherer Sprache oder sogar Leichter Sprache profitieren. Dies gilt auch für den Gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder in der Regelschule.

Der Bahnhof Deutz stellt beispielsweise durch seine fehlende Barrierefreiheit eine echte Barriere im öffentlichen Nah- und Fernverkehr dar. Mobilitätsbehinderte Menschen können diesen Bahnhof so gut wie gar nicht nutzen, da u. a. die Gleise nicht barrierefrei erreichbar sind. Damit wird dieser Bahnhof seiner Aufgabe als Umsteigebahnhof nicht gerecht. Herr Oberbürgermeister Roters wird dieses Thema daher in das Gespräch mit dem Konzernbeauftragten der Bahn AG im nächsten Monat einbringen.

Bei dem S-Bahnhof Nippes ist seit langer Zeit die Aufzugsanlage defekt. Damit müssen beispielsweise Rollstuhlfahrer einen sehr weiten Umweg machen, um barrierefrei zum Bezirksrathaus Nippes zu kommen. Damit stellt dieser Bahnhof ebenfalls durch seine fehlende Barrierefreiheit eine Behinderung im Öffentlichen Nahverkehr dar. Auch hier sieht Herr Oberbürgermeister Roters Handlungsbedarf.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht Herr Oberbürgermeister Roters im inklusiven oder Gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Hierzu wird ein Inklusionsplan für die Kölner Schulen vorbereitet. Ziel dieses Konzeptes wird es

sein, einen großen Teil der behinderten Kinder und Jugendlichen in das Regelschulsystem zu integrieren und die entsprechenden Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Herr Oberbürgermeister Roters betont, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gerade angesichts der schlechten Haushaltslage der Stadt Köln ein besonders wichtiges Gremium darstellt. Durch ihr Nachfragen, durch ihre Stellungnahmen und Empfehlungen weist sie immer wieder auf die Belange und Bedarfe der Menschen mit Behinderung und die Zielsetzung der Politik und Verwaltung hin, dass Köln langfristig barrierefrei wird. Hier ist eine pragmatische Herangehensweise, wie sie die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik auch bisher angewendet hat, sehr grundlegend.

Aufgrund der Größe des Gremiums einigen sich die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik darauf, dass sich nur die stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vorstellen. Dabei stellen sich die 6 Vertreter und Vertreterinnen der Verbände der Freien Wohlfahrtsfahrtspflege kurz mit Namen und Verband vor. Die 7 Vertreterinnen und Vertreter der in Köln ansässigen Behindertenorganisationen bzw. Behindertenselbsthilfegruppen stellen sich etwas ausführlicher vor. Sie stellen zudem dar, welche Themen ihnen für die Gruppe, die sie vertreten wichtig sind und bitten um Unterstützung durch den Oberbürgermeister.

Herr Ladenberger/ZsL – Zentrum für selbstbestimmtes Leben spricht für den Bereich der Menschen mit Gehbehinderungen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat in 11 Fachausschüsse des Rates sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen entsandt. Herr Ladenberger ist für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Verkehrsausschuss vertreten

Herr Ladenberger betont, dass die Barrierefreiheit des Bahnhofes Deutz auch eines seiner großen Anliegen ist. Der Bahnhof Deutz stellt nicht nur die Anbindung an das rechtsrheinische Köln dar, er ist auch ein Umsteigebahnhof für viele überregionale Züge, die den Hauptbahnhof nicht mehr anfahren. Da die Zuständigkeit für diesen Bahnhof nicht bei der Stadt Köln liegt, kann hier nur immer wieder nachgefragt und appelliert werden.

Des Weiteren ist der Öffentliche Personennahverkehr ein ständiges, wesentliches Thema für die Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Die Zusammenarbeit mit der KVB ist konstruktiv, so dass bei vielen Problembereichen sukzessive Verbesserungen eintreten. Aber auch hier gibt es immer wieder Barrieren, die es zu überwinden gilt.

Auch die Fahrdienste für Menschen mit Behinderung sind weiterhin ein sehr wichtiges Thema. Ebenso die Begleitung und die Gewährung niederschwelliger Hilfen. Hier kommt es immer wieder zu Problemen bei der Verwirklichung von Ansprüchen.

Bezüglich des Gemeinsamen Unterrichtes behinderter und nichtbehinderter Kinder und Jugendlicher hat die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sich sehr eingesetzt und Initiativen ergriffen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik unterstützt auch die in den Rat eingebrachte Initiative zu Erstellung eines Inklusionsplans.

Darüber hinaus bestätigt Herr Ladenberger die Aussage des Oberbürgermeisters, dass gegenwärtig ein Umdenken in der Gesellschaft stattfindet: „weg von der Fürsorge hin zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“,. Die Richtung ist hierbei von der UN-Behindertenrechtskonvention vorgegeben. Diese gilt für alle Lebensbereiche, ob Schule, Arbeit, Freizeit, Mobilität und vieles mehr. Aber es ist wichtig, dass nicht nur

die betroffenen Akteure, sondern alle Verantwortlichen, ob Politik, Verwaltung oder sonstige Organisationen, die Rechte der Menschen mit Behinderung, wie in der UN-Konvention aufgelistet, als Leitlinie nehmen.

Herr Herbig und seine Vertreterin Frau Meuter, beide sind Vertreter des Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e. V., sprechen für den Bereich der Menschen mit Sehbehinderungen. Frau Meuter ist für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stellvertretende sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Stadtentwicklung.

Herr Herbig bekräftigt, dass auch den blinden und sehbehinderten Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben sehr wichtig ist. Dafür müssen allerdings Barrieren im öffentlichen Straßenraum abgebaut und taktile Orientierungshilfen eingebaut werden. Hierzu gehören z. B. taktile Bodenelemente als Querungshilfen zum Leiten und Sichern der blinden Menschen und Kontraste an Stufen, Treppen und Bürgersteigen für sehbehinderte Menschen.

Herr Herbig bittet den Oberbürgermeister, das Amt für öffentliche Ordnung zu bitten, verstärkt darauf zu achten, dass Barrieren im Straßenraum, die Stolperfallen darstellen bzw. den Gehweg einengen wie z. B. Schilder, Stühle, Tische, vermieden werden.

Bei der Gestaltung des Straßenraumes machen die blinden und sehbehinderten Menschen positive Erfahrungen mit den Fachämtern des Dezernates Planen und Bauen. Trotzdem sollten Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter der Fachämter angeboten werden, damit in den Planungen die Barrierefreiheit generell Berücksichtigung findet. Dies insbesondere um auf dem aktuellen Stand zu sein, da sich immer wieder Neuerungen und Verbesserungen auf dem Markt ergeben.

Die meisten städtischen Dienstgebäude sind nicht barrierefrei. Sie haben zwar Behindertentoiletten und sind in der Regel stufenlos zu erreichen, aber ansonsten ist die Barrierefreiheit für mobilitätsbehinderte, hörgeschädigte, blinde und sehbehinderte Menschen nicht oder nur sehr bedingt gegeben. Hier sind erhebliche Nachbesserungen erforderlich.

Daher, so Herr Herbig, liegt eine große Hoffnung auf dem Kulturzentrum am Neumarkt – KaN, welches im Oktober 2010 eröffnet werden soll. Hier konnte erreicht werden, dass Maßnahmen zur Barrierefreiheit des Gebäudes noch vor der Eröffnung nachgerüstet werden. Allerdings sind Nachrüstungen und Umbauten immer teurer, als wenn die Barrierefreiheit bereits von Anfang an mit eingeplant worden ist.

Herr Herbig bittet Herrn Oberbürgermeisters Roters, auf dem Rückweg zu seinem Büro im Rathaus einmal bewusst wahrzunehmen, wie ein blinder oder sehbehinderter Mensch den Weg bis zum Eingang des Historischen Rathauses und dann bis zu seinem Büro in den 2. Stock finden kann.

Frau Hepp /DSB – Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung und ihr Vertreter Herr Rauh/Verband zur Förderung der Gehörlosen Kölns und Umgebung e. V. sprechen für die Menschen mit Hörbehinderungen. Frau Hepp erläutert, dass die hörgeschädigten und die ertaubten Menschen auf optische Hilfsmittel und Wahrnehmung angewiesen sind. Die Gebärdensprache haben diese Menschen in den allermeisten Fällen nicht gelernt. Die Gebärdensprache wird nur von den gehörlosen Menschen genutzt.

Frau Hepp beschreibt, dass die Menschen, die über Hörgeräte oder Cochlea Implantate (CI) hören, keine weit entfernten Geräusche und auch keine Umgebungsgerä-

sche differenziert wahrnehmen können. Die Hörfähigkeit mit einem Hörgerät oder CI entspricht nicht dem sogenannten „guten“ Hören.

Daher ist es sehr wichtig, dass verstärkt Induktionsanlagen, Funkhörenanlagen o.ä. bereit gestellt werden, damit auch die „schlecht“ Hörenden am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Frau Hepp findet es daher lobenswert, dass sowohl im Sitzungsraum, in dem die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik tagt, eine Induktionsanlage verlegt wurde, für die VHS und das KaN eine mobile Höranlage und für die Museumsführungen Anlagen mit Teleschlingen beschafft wurden. Mit diesen Anlagen können Hörgeräte-Träger ihr Hörgerät auf Telespule umstellen und so über diese Anlagen hören, ohne dass Störgeräusche das Verstehen behindern.

Frau Hepp weist darauf hin, dass mittlerweile in den meisten Bahnhöfen und KVB Haltestellen Fahrgastinformationen über Displays angezeigt werden. Aber bei wichtigen Informationen werden oft nur akustische Ansagen über Lautsprecher gemacht. Diese sind in der Regel für hörgeschädigte und gehörlose Menschen nicht zu verstehen. Damit erhalten die hörgeschädigten und gehörlosen Menschen diese Informationen nicht.

Baustellenauskünfte der KVB werden verstärkt telefonisch angeboten. Auch diese sind von der Personengruppe der hörgeschädigten Menschen nur bedingt oder gar nicht abrufbar. Dies gilt ebenso für die Gruppe der gehörlosen Menschen.

Positiv merkt Frau Hepp hierzu an, dass zur KVB Haltestelle am Ebertplatz Flyer herausgegeben wurden, um die von der Baustelle Betroffenen zu informieren. In den Museen sind zudem Displays oder Monitore vorhanden, denen Informationen zu entnehmen sind. Bei der letzten Landtagswahlübertragung im Rathaus waren sämtliche Übertragungen untertitelt. Dies wäre auch wünschenswert für andere Veranstaltungen, z. B. die Übertragung der Spiele zur Fußballweltmeisterschaft beim Public Viewing in der Kölner Arena.

Herr Oberbürgermeister Roters stellt fest, dass eine solche Untertitelung auch für den Rest der Bevölkerung sinnvoll sein kann, wenn die Umgebungsgeräusche sehr laut sind. Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass es manchmal nur Kleinigkeiten sind, die nicht nur Menschen mit Behinderung die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtern oder sogar erst ermöglichen. Diese müssen zudem nicht kostenträchtig sein.

Herr Rauh beschreibt, dass gehörlose Menschen oft bei Arztbesuchen in Arztpraxen und Krankenhäusern nicht richtig untersucht werden, wenn kein Dolmetscher bei der Untersuchung anwesend ist. Die gehörlosen Menschen können sich dann den hörenden Menschen nur bedingt oder gar nicht verständlich machen. Andersherum kann das ärztliche Personal ohne Dolmetscher den gehörlosen Menschen die Diagnosen und medizinischen Anweisungen nicht richtig verständlich machen. Die gehörlosen Menschen fühlen sich dann nicht richtig wahrgenommen. Da es aber immer noch zu wenige Dolmetscher gibt, können diese oft nicht hinzugezogen werden.

Auch bei Kontakten mit der Polizei kommt es häufig zu Missverständnissen und Fehlentscheidungen, da zwischen den hörenden und nichthörenden Personen ohne anwesende Dolmetscher keine Verständigung möglich war. Auch hier sollte das Personal entsprechend geschult werden und Dolmetscher verstärkt hinzugezogen werden. Auch wenn dies z. B. bei akuten Notfallsituation kurzfristig schwierig ist, da auch ge-

hörlose Menschen im täglichen Leben nur selten mit Gehörlosendolmetschern unterwegs sind.

Herr Oberbürgermeister Roters betont, dass bei den städtischen Krankenhäusern ein höheres Maß an Sensibilität und höhere Akzeptanz erwartet wird. Wenn es notwendig ist, werden hier die Interessen der gehörlosen Menschen noch intensiver vorgetragen werden.

Frau Reinecke ergänzt, dass das Thema „Gesundheit – Situation in Krankenhäusern“ als Schwerpunktthema für die Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderungen am 03.12.2010 im Historischen Rathaus vorgesehen ist. Dort wird das Thema ausführlicher behandelt werden.

Frau Langes /Rat und Tat e.V. und Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft – PSAG spricht für den Kreis der Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und deren Angehörige. Frau Langes ist für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe /Internationales.

Die PSAG, die aus 7 Arbeitskreisen besteht und der Frau Langes seit 25 Jahren angehört, hat sich zusammengesetzt und alle Themenbereiche und Wünsche, für die sie sich einsetzen, wie folgt gebündelt:

Die PSAG setzt sich ein, dass Menschen mit psychischen und geistigen Behinderungen, wie alle anderen Menschen auch, entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention eine ihren Möglichkeiten, Fähigkeiten und ihren Bedürfnissen gerechte Ausbildung, Arbeit und Wohnung bekommen. Diese Wohnungen sollten in einem Sozialgebiet liegen, in dem eine soziale Eingliederung möglich ist.

Bedanken möchte sich Frau Langes dafür, dass die Busanbindung der Kliniken Merheim an den Öffentlichen Nahverkehr nun erfolgt ist, nachdem sie 17 Jahre mit der PSAG dafür gekämpft hat. Frau Langes hatte dieses Thema letztes Jahr nochmals in die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eingebracht. Aufgrund deren Beschlussempfehlung an den Fachausschuss wurde die Regelung kurzfristig umgesetzt. Die Busanbindung wird von den Menschen, die dort behandelt werden, den Angehörigen und dem Klinikpersonal intensiv genutzt.

Frau Grüßer/ /VdK Köln spricht für den Bereich Vereine und Verbände mit Querschnittsaufgaben in der Behindertenhilfe. Frau Grüßer/VdK Köln nimmt diese Funktion im Wechsel wahr mit Frau Grimbach-Schmalfuß/SoVD. Frau Grüßer ist für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stellvertretende sachkundige Einwohnerin im Bauausschuss und im Gesundheitsausschuss.

Der VdK hat sich von seinem ursprünglichen Aufgabenbereich – Versorgung der Kriegsoffer nach dem 2. Weltkrieg – weiterentwickelt zu einem Verband für Menschen mit und ohne Behinderung. Innerhalb des VdK ist Frau Grüßer zentraler Ansprechpartnerin in allen Angelegenheiten, die behinderte Mitglieder berühren. Sie informiert über die Gesetzeslage, gibt Praxistipps und zeigt Möglichkeiten der Eingliederung behinderter Menschen in Gesellschaft und Beruf auf. In ihrem Verband und darüber hinaus wirbt sie um Solidarität und Verständnis für die Situation und die Bedürfnisse behinderter Mitglieder in allen Teilen der Gesellschaft. Ihre Initiativen zielen auf die Gestaltung einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der Barrieren abgebaut und die Einstel-

lungen der Menschen so verändert werden, dass Menschen mit Behinderung als selbstverständlicher Teil des Ganzen verstanden werden.

Frau Appellmann/doMS e. V. spricht für den Bereich der Menschen mit anderen Behinderungen und chronischen Erkrankungen aus dem Selbsthilfebereich. Sie ist für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sachkundige Einwohnerin im Bauausschuss und im Ausschuss Sozialen und Senioren.

Frau Appellmann stellt fest, dass „Wohnen“ ein Mittelpunkt des Lebens ist. Daher sollte jeder dort eine Wohnung bekommen können, wo er möchte, wo sein sozialer Umkreis ist. Es sollte niemand umziehen müssen, wenn er/sie eine barrierefreie Wohnung benötigt. Sie fordert daher auf, das Thema Wohnen insbesondere den geförderte Wohnungsbau, weiter voran zu treiben. Nicht nur die stadtnahen Wohnungsbaugesellschaften sollten mehr barrierefreie Wohnungen erstellen bzw. vorhandene Wohnungen barrierefrei umbauen, sondern auch andere Wohnungsbauträger sollten seitens der Stadt Köln aufgefordert werden, mehr barrierefreie Wohnungen zu bauen und zu bezahlbaren Mieten anzubieten.

Zudem sollte festgelegt werden, dass bei dem Verkauf städtischer Grundstücke eine sozialgerechte Nutzung erfolgen muss. Der Käufer muss die Auflage bekommen, dass auf diesen Grundstücken barrierefrei gebaut werden muss.

Frau Appellmann weist auf die KVB-Haltestelle Amsterdamer Str./Gürtel hin, die immer noch nicht barrierefrei ist. Da aber in näherem Umfeld sehr viele Menschen leben, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, sollte diese Haltestelle dringend nachgebessert werden.

Herr Oberbürgermeisters Roters betont, dass das Thema Wohnen auch ihm wichtig ist. Daher muss bei Neubauvorhaben rechtzeitig die Barrierefreiheit bedacht werden. Dies soll nicht nur für die stadtnahen Gesellschaften, sondern auch für die privaten Träger und Wohnungsbaugesellschaften gelten. Er wird daher dieses Thema auch in das neu gegründete Wohnungsbauforum einbringen.

Frau Langes bittet den Oberbürgermeister dafür zu sorgen, dass bei Wohnungsbauvorhaben freier Träger der Anteil der Sozialbauwohnung prozentual angehoben wird, damit hier das Angebot größer wird.

Herr Oberbürgermeister Roters unterstützt dieses Ansinnen, gerade vor dem Hintergrund dass fast die Hälfte der Kölnerinnen und Kölner Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) haben. Hier ist auch nach seiner Ansicht dringend Handlungsbedarf gegeben. Der Rat hat dazu am 02.02.2010 das „Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau“ beschlossen. Dieses sieht Maßnahmen vor, mit denen die Bereitstellung öffentlich geförderten Wohnungsbaus vorangetrieben werden soll.

Da Herr Steinbach/IncluCity Cologne heute urlaubsbedingt verhindert ist, spricht stellvertretend Herr Dr Schlummer für die Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, da die Gruppe IncluCity eine sehr große Nähe zur Universität zu Köln hat. Herr Steinbach ist besonders dabei engagiert, wenn es um das Thema „Verständlichkeit“ geht. Hier ist für Menschen mit Lernschwierigkeiten der Gebrauch der „Leichten Sprache“ sinnvoll und erforderlich. Gerade bei einer Gremienarbeit wie hier in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist die Verwendung einer einfacheren Sprache wichtig.

Zusammen mit Inlucity Cologne wurden und werden vom Personalamt der Stadt Köln Fortbildungsveranstaltungen für Leichte Sprache für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt. Damit ist ein weiterer Schritt auch von Seiten der Menschen mit Behinderung getan, dass die Verständlichkeit der Sprache in die Verwaltungsabläufe einfließt.

Zwar ist die Sprache, die in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik verwendet wird, einfacher als es in der Verwaltung und den anderen politischen Gremien angewendet wird. Dort wird immer noch überwiegend die sogenannte Verwaltungssprache gesprochen und geschrieben, die von einer Leichten Sprache weit entfernt ist.

Frau Kellinghaus-Klingenberg/ sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Schule und Weiterbildung wünscht sich, dass in Köln an allen Schulen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam lernen, dass die persönliche Assistenz für die behinderten Schülerinnen und Schülern ausgebaut wird und so die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention voll und ganz umgesetzt werden. Köln ist in ihren Augen auf diesem Gebiet auf dem Vormarsch und dem besten Wege dieses Ziel zu erreichen. Köln könnte so Vorreiter für viele andere Städte werden. Sie würde es sehr begrüßen, wenn der Oberbürgermeister diese Initiative unterstützen würde.

Herr Oberbürgermeister Roters betont, dass er das Ansinnen unterstützt. Bis dahin ist es zwar noch ein langer Weg, insbesondere da hierbei eine deutliche und kräftige Unterstützung des Landes erforderlich ist. Mit der Erstellung des Inklusionsplanes (Anmerkung: siehe auch Sitzungsunterlagen zu TOP 6.7 und 6.8 der heutigen Sitzung) ist man dieser Vision/Ziel einen Schritt näher. Dies insbesondere, da eine Kostenkalkulation und ein Arbeitsplan erarbeitet werden soll, welche das Projekt überschaubarer machen. Damit ist für die Effizienz, die Kostensituation und die Eingliederung der behinderten jungen Menschen eine Win-Win-Situation gegeben, von der die gesamte Gesellschaft profitiert.

Herr Oberbürgermeister Roters dankt der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für das Gespräch. Er schlägt vor, die angesprochenen und auch künftigen Themen in einem weiteren Gespräch mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aufzugreifen und zu vertiefen. Diese Gespräche könnten dann in regelmäßigen Abständen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wiederholt werden, da es auch für ihn als Oberbürgermeister sehr wichtig ist, Themen, Probleme und auch positive Entwicklungen aus Sicht der Menschen mit Behinderung aufzunehmen und in seine Arbeit einzubinden.

Das nächste Treffen zwischen den Vertreterinnen und den Vertretern der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird bei der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderungen am 03.12.2010 in der Piazzetta im Historischen Rathaus sein.

2.2 Barrierefreier Tourismus

hier: Gespräch mit KölnTourismus - Herrn Josef Sommer

Herr Sommer, Vorsitzender der KölnTourismus GmbH, beschreibt die Aufgaben, Zielsetzungen und Angebote von KölnTourismus. So hat KölnTourismus den Auftrag, Köln als attraktives Reiseziel zu positionieren. Dazu gehört es Werbung zu machen und Marketing zu betreiben, mit dem Ziel die Wertschöpfung aus dem Geschäftsfeld Tourismus für die Stadt zu steigern. Es soll das Image der weltoffenen, lebendigen, beliebten, internationalen Stadt aufgebaut werden, welches für Menschen aus aller

Welt attraktiv ist und die sie besuchen möchten. Damit wird unter anderem die Wirtschaft gestärkt.

Das Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – Eine Stadt für alle“ stellt genau die Zielsetzung dar, in die sich KölnTourismus einfinden möchte. Diese Zielsetzung beinhaltet die Selbstverpflichtung, möglichst alle Angebote barrierefrei anzubieten, aber auch die Verpflichtung in Gesprächen mit den Touristik-Partnern wie Reisebüros, Bahn, Fluggesellschaften, Touristikunternehmen Werbung für Barrierefreiheit und deren Nutzen für alle zu machen. Dazu gehört der Abbau von Barrieren und unter anderem auch Ermäßigungen der Eintrittsgelder etc. für Menschen mit Behinderung.

Herr Sommer stellt dar, dass es ein Anliegen der KölnTourismus GmbH ist, dass auch Menschen mit Behinderung den Weg vom Bahnhof bis zur Touristeninformation bei KölnTourismus künftig barrierefrei zurücklegen können. Barrierefreie Wege stellen für alle Menschen eine Erleichterung dar und bleiben für Besucher der Stadt in positiver Erinnerung. Daher wird KölnTourismus sich aktiv an der Neuplanung des Domumfeldes beteiligen.

Das Gleiche gilt für die Planung zur Erstellung eines taktilen Stadtplanes. Auch hier wird sich KölnTourismus an der Erstellung beteiligen.

Die Vortragsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt. Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.koelntourismus.de/willkommen.html> .

Frau Meuter teilt mit, dass die Webseite von KölnTourismus nicht ganz barrierefrei ist. Die Webseite hat zum Teil keine sogenannte Bildschirmglättung. Die Schrift wird damit in Punkten und nicht in glatten Strichen dargestellt. Daher ist die Schrift für sie als sehbehinderter Mensch, der Hilfsmittel benutzt, nicht bzw. nur bedingt lesbar. Zudem stellt sie dar, dass sie die Hinweise und Informationen für Menschen mit Behinderung nicht unter der Rubrik „Köln für alle“ vermutet hätte. Sie schlägt vor, stattdessen den Titel „Köln barrierefrei“ oder „Menschen mit Behinderung“ zu verwenden.

Frau Meuter bemängelt, dass es u.a. bei der Rubrik „Führungen für sehbehinderte und blinde Menschen“ nur den Hinweis gibt, dass es solche Führungen gibt, aber nicht was genau zu welchem Preis angeboten wird. Dafür muss man sich erst mit KölnTourismus in Verbindung setzen. Hier wäre es besser, wenn einige Beispiele für Führungen dargestellt würden oder ein Hinweis gegeben würde, dass Näheres im Rahmen einer individuellen Beratung zusammengestellt wird.

Herr Ladenberger stellt fest, dass sich die Barrierefreiheit der Webseite seit seinem letzten Besuch auf der Seite sehr verbessert hat. Er schließt sich aber in den weiteren Punkten den Ausführungen von Frau Meuter an. Dies insbesondere, da er in der Regel unter den Begriffen wie z. B. Hotels, Gastronomie, Stadtführungen suchen würde, dort aber keinen Hinweis auf die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung findet. KölnTourismus arbeitet bei Hotelbuchungen eng mit HRS – Hotel Reservation Service zusammen, dem führenden Betreiber eines weltweiten elektronischen Hotel-Reservierungssystem für Geschäfts- und Privatreisende. Hier sollte eine entsprechende Information abrufbar sein. Er bittet zudem, hier auch Informationen aufzunehmen, in welchen Hotels für Menschen mit Behinderung sogenannte Pflegebetten vorhanden sind.

Um die Auffindbarkeit für Angebote für Menschen mit Behinderung zu verbessern, bittet Herr Ladenberger, bereits auf der Startseite einen Hinweis auf die Seite für Menschen mit Behinderung zu machen.

Darüber hinaus bittet er Herrn Sommer alle Informationen für Menschen mit Behinderung auch in Papierform zur Verfügung zu stellen, da nicht alle Menschen mit Behinderung Zugriff auf das Internet haben.

Frau Hepp bittet, die Stadtführer auch für die Belange hörgeschädigter Menschen zu schulen bzw. spezielle Stadtführungen hierfür anzubieten. Darüber hinaus bitte sie, die Video- bzw. Filmbeiträge auf der Webseite von KölnTourismus zu untertiteln, damit diese auch von hörgeschädigten und gehörlosen Menschen genutzt werden können. Zudem sollte im Beratungsangebot von KölnTourismus auch aufgenommen werden, wo und bei welchen Angeboten Hörhilfen für hörgeschädigte Menschen angeboten werden.

Frau Langes bittet zu prüfen, ob über KölnTourismus zusätzlich zu Fahrrädern und Segways auch Scooter über KölnTourismus ausgeliehen werden könnten, damit auch mobilitätsbehinderte Menschen die Stadt kennenlernen können.

Frau Grüßer fragt nach, ob KölnTourismus auch mobile Navigationsgeräte für Menschen mit Behinderung ausleiht und ob mit diesen barrierefreie Stadtrundgänge möglich sind. Herr Sommer erläutert, dass es zwar sogenannte iGuides ausleiht, die Stadtrundgänge in mehreren Sprachen beinhalten. Jedoch sind diesen iGuides keine Hinweise auf Barrierefreiheit der Wege und Sehenswürdigkeiten zu entnehmen. Er sichert zu prüfen zu lassen, ob dies langfristig von KölnTourismus zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Rauh bittet darum, dass die durch KölnTourismus angebotenen Stadtführungen für gehörlose Menschen stärker beworben werden. Darüber hinaus sollte bei den Führungen Berücksichtigung finden, dass es auch Rollstuhl fahrende, gehörlose Menschen gibt, die eine Führung durch Köln wahrnehmen möchten.

Herr Herbig bittet Herrn Sommer bei der Umgestaltung des Domumfeldes auch die blinden und sehbehinderten Menschen und ihre Bedarfe (siehe auch zu TOP 2.1 der heutigen Sitzung) zu berücksichtigen. Immer mehr blinde und sehbehinderte Menschen entdecken ihre Lust am Reisen und benötigen dafür aber auch entsprechende barrierefreie Wege und Informationen. Es wäre daher sehr hilfreich, wenn KölnTourismus beispielsweise Reliefpläne (taktile, ertastbare Pläne) der Innenstadt und Informationen in Blindenschrift anbieten würde.

Herr Sommer sichert zu, alle Anregungen aus der heutigen Sitzung in seinem Hause weiterzuleiten und deren Umsetzung anzuregen.

Frau Reinecke dankt Herrn Sommer für seine Gesprächsbereitschaft und sein Kommen. Sie weist darauf hin, dass KölnTourismus ein wichtiger Kooperationspartner in dem Projekt „Barrierefrei in Hotels“ ist. Dieses Projekt steht unter der Schirmherrschaft von Bürgermeisterin Frau Scho-Antwerpes. Weitere Kooperationspartnern sind die Behindertenbeauftragte und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband - DEHOGA. Im Rahmen dieses Projektes untersucht die Genossenschaft „Leben ohne Barrieren“ gemeinsam mit dem Berufskolleg Deutzer Freiheit Kölner Hotels auf Ihre Barrierefreiheit. Dazu werden die Kriterien des Landes Nordrhein-Westfalen zum „Signet NRW ohne Barrieren“ herangezogen. Die Ergebnisse der Untersuchungen wird das Berufskolleg Deutzer Freiheit als Datenbank erstellen, über die die Ergebnisse abgerufen werden können. Sinnvoll wäre es, diese Daten auch allgemein bekannt zu machen. Um sie über dieses System nutzbar zu machen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen HRS und dem Berufskolleg Deutzer Freiheit notwendig. Herr Sommer sagt zu, diesen Kontakt kurzfristig herzustellen.

3 Bericht der Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 04/2010 1452/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht der Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

3.2 Bericht der Behindertenbeauftragten - 05/2010 1877/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht der Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

3.3 Bericht der Behindertenbeauftragten - 06/2010 2517/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht der Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Barrierefreie Gaststätten

4.1.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Anfrage aus der Sitzung am 03.03.2010 zu "Barrierefreie Gaststätten 2015/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2 Beschaffung einer Rampe für den Haupteingang des Königin-Luise- Gymnasiums hier: Sachstand zur Beschlussempfehlung vom 03.03.2010

Hierzu liegt kein aktueller Sachstand vor. Der Tagesordnungspunkt wird daher auf die nächste Sitzung vertagt.

4.3 Gesamtschule Nippes
hier: Sachstand - Beschluss vom 03.03.2010 "Brief an den Regierungspräsidenten"

4.3.1 Gesamtschule Nippes - Offener Brief der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Antwort des Regierungspräsidenten an die Universität zu Köln vom 08.02.2010
2488/2010

Herr Kellner bittet um Stellungnahme wie viele Kinder mit Behinderungen in die Gesamtschule Nippes angenommen und wie viele Anmeldungen von Kindern mit Behinderungen abgelehnt worden. Frau Kellinghaus-Klingberg bittet Herrn Kellner mit ihr zusammen hier für den Schulausschuss eine entsprechende Anfrage vorzubereiten.

Auf die Frage von Herrn Herbig, ob diese Schule barrierefrei ist, erläutert Frau Reinecke dass es sich bei dem gegenwärtig genutzten Gebäude um ein Provisorium handelt. Beim Umzug in das neue Schulgebäude soll aber die Barrierefreiheit hergestellt sein.

Frau Hoyer bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Behindertenbeauftragte darauf zu achten, dass das Schulgebäude in jeder Hinsicht barrierefrei wird.

4.4 Resolution zur "Barrierefreien Gestaltung des Bahnhofes Deutz/Messe"
hier: Sachstand

Frau Reinecke verweist nochmals auf TOP 2.1 der heutigen Sitzung, in dem Herr Oberbürgermeisters Roters zugesichert hat, mit der Bahn AG nochmals zum Thema Barrierefreie Gestaltung des Bahnhofes Deutz zu sprechen. Die Verwaltung wird die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik über das Ergebnis informieren.

4.5 "Kunstsehen" - Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan Köln
1937/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

4.6 Barrierefreier Umbau des Kulturzentrums am Neumarkt - KaN

4.6.1 Barrierefreiheit im Kulturzentrum am Neumarkt (KAN)
1939/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

4.6.2 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Anfrage aus der Sitzung am 03.03.2010 zum Kulturzentrum am Neumarkt
2014/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

5 Mitteilungen

5.1 AN/0052/2010 Stellungnahme zum Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung für die Sitzung der BV 2 1315/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Tagung "Auf dem Weg in eine neue Kommunalpolitik: Örtliche Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung" am 27. - 28.09.2010 - Universität Siegen 1875/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.3 Persönliches Budget beim Rehabilitationsträger: Amt für Soziales und Senioren Bericht für das Jahr 2009 1811/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.4 Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort - Lotse/Lotsin für Menschen mit Behinderung hier: Mitteilung des ZsL- Zentrums für selbstbestimmtes Leben zur Schulung in 2010 2007/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Herr Ladenberger ergänzt die Mitteilung mit dem Hinweis, dass zurzeit alle Plätze im Projekt belegt sind und es gut läuft. Es gibt mittlerweile sogar eine Warteliste. Dies lässt das ZsL hoffen, dass das Projekt weitere Mittel vom Land NRW erhält und weitergeführt werden kann.

5.5 Kooperationsvereinbarung zu Leistungen der Eingliederungshilfe und zu Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch XII zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Köln 2543/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Herr Ladenberger bittet die Verwaltung, die Kooperationsvereinbarung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Verfügung zu stellen.

6 Anfragen und Beschlussempfehlungen

6.1 Tag der Menschen mit Behinderung 2009 hier: Gespräch mit den Vertreter/innen der Ratsfraktionen zum Sachstand der Umsetzung der Aufgabenliste vom 04.12.2009

Frau Reinecke erinnert, dass in der Veranstaltung am 03.12.2009 zum Tag der Menschen mit Behinderungen 2009 im Historischen Rathaus von den dort vertretenen Politikern eine Aufgabenliste für behindertenpolitisch relevante Themen festgelegt wurde. Dieser soll nach einem Jahr abgefragt werden, wie der Umsetzungsstand ist.

Beschluss:

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließen einstimmig, dass das Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen zum Aufgabenkatalog, der sich aus der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderungen 2009 ergeben hatte, in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 18.11.2010 stattfinden soll.

6.2 Tag der Menschen mit Behinderung 2010 hier: Veranstaltung des Oberbürgermeisters und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 03.12.2010 im Historischen Rathaus

Frau Reinecke berichtet, dass in den Vorüberlegungen zum Tag der Menschen mit Behinderungen 2010 festgelegt wurde, die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention zu thematisieren. Dieses Jahr soll das Thema Gesundheit in den Vordergrund gestellt werden. Nach kurzer Diskussion, ob das Thema umfassend oder nur bestimmte Bereiche aus diesem Themenkomplex Inhalt der Veranstaltung werden soll, einigen sich die Mitglieder drauf, das Thema auf den Bereich „Krankenhäuser“ zu begrenzen.

Frau Reinecke bittet die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die Interesse an der Vorbereitung der Veranstaltung haben, sich per E-Mail bei ihr zu melden.

Beschluss:

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließen einstimmig, dass das Thema der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderungen 2010 am 03.12.2010 im Historischen Rathaus sein wird: „Gesundheit – insbesondere Krankenhäuser“

6.3 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Ergänzung der §§ 7 und 8 1211/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Stadt Köln wird einstimmig beschlossen.

6.4 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit vom 01.01.2009 - 31.03.2010

**6.4.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Arbeitsbericht für die Zeit vom 01.01.2009 - 31.03.2010
1251/2010**

Herr Ladenberger dankt der Behindertenbeauftragten und ihrem Büro für die gute Unterstützung und Zusammenarbeit.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit vom 01.01.2009 – 31.03.2010 wird einstimmig beschlossen.

**6.5 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2010
hier: Benennung von Jurymitgliedern**

Frau Reinecke macht darauf aufmerksam, dass die Bewerbungsfrist bis zum 23.07.2010 verlängert wurde. Sie bitte die Mitgliedsorganisationen, entsprechend Werbung zu machen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt einstimmig, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der Jury zum KIB – Kölner Innovationspreis 2010 von Frau Dr. Monika Nolte und Herrn Horst Ladenberger vertreten wird.

**6.6 Werkstätten für Menschen mit Behinderung
AN/0865/2010**

**6.6.1 Werkstätten für Menschen mit Behinderung
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. im Rat der Stadt Köln
vom 03.05.2010 - AN/0865/2010
2466/2010**

Herr Kellner dankt dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) für die Beantwortung der Fragen 1 – 4. Er bittet die Verwaltung die Beantwortung zur Frage 5 bis zur nächsten Sitzung nachzureichen.

Frau Kellinghaus-Klingberg bittet den LVR in der nächsten Sitzung zu einem Gespräch bereit zu stehen, wie die Öffentlichkeitsarbeit für die Integrationsunternehmen, die verstärkt sogenannte „Außenarbeitsplätze für Werkstätten“ anbieten, verbessert werden könnte.

**6.7 Initiative zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler
hier: Konzept "Inklusion an Kölner Schulen"
1872/2010**

Frau Reinecke bittet die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bis zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 07.09.2010 ein/e Vertreter/in und ein/e Stellvertreter/in für die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Inklusionsplans für Kölner Schulen vorzuschlagen. Über diese/n Vorschlag bzw. Vorschläge wird der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beraten und beschlossen.

**6.8 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen
(Az.: 02-1600-92/09)
0306/2010**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis und beschließt wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt die Vorlage einstimmig ohne Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

8 Verschiedenes

Herr Ladenberger weist darauf hin, dass noch in diesem Monat der Rat den Haushaltsplan der Stadt Köln für die Jahre 2010 und 2011 beschließen wird. Er bittet daher die Verwaltung, zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine Übersicht vorzulegen, welche Auswirkungen die Kürzungen im Haushalt auf die Behindertenpolitik haben.

Herr Thermann appelliert in diesem Zusammenhang an alle Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen sich möglichst zahlreich mit ihren Verbänden, Mitgliedern und auch als Einzelpersonen an den Aktionen zum Thema Haushaltskürzungen zu beteiligen.

Herr Herbig bittet um Sachstandsbericht zur Umsetzung der Beschlussempfehlung „Sicherstellung barrierefreien Planens und Bauens im Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen“ hier: Stellenbesetzung beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik.

Frau Reinecke sichert eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu.

gez. Marita Reinecke
(Vorsitzende/Behindertenbeauftragte)

gez. Thiemann
(Schriftführerin/ Geschäftsführung)